

# Verbot für „rechten“ Aufmarsch steht: Wird noch Klage eingereicht?

GRÜNSTADT/KIRCHHEIM: Gegenkundgebung von Antifa, WASG und Grünen

Die Stadt Grünstadt und die Verbandsgemeinde Grünstadt-Land haben eine für heute geplante Demonstration in der Stadt und ein anschließendes Totengedenken in Kirchheim verboten (wir informierten gestern). Dagegen haben die Initiatoren aus dem rechten Spektrum Widerspruch eingelegt. Das bestätigten die beiden Verwaltungen auf Anfrage.

Kurz vor 3 Uhr sei am Freitagmorgen der Widerspruch sowohl bei der Stadt als auch bei der VG-Verwaltung eingegangen. Entgegen der Ankündigung auf einschlägigen Seiten im Internet, dass sich „die Gerichte am Freitag, wemöglich auch noch Samstag, den Fällen annehmen“ würden, war bis gestern Abend beim Verwaltungsgericht Neustadt weder per Post noch per Fax ein Antrag auf vorläufigen Rechtsschutz eingegangen. Das sagte die Vorsitzende Richterin der fünften Kammer, Dr. Cambeis-Glenz.

Wie gestern berichtet, hat der Viernheimer Rene Teufer, ein Aktivist der rechten Szene, für heute eine Demonstration in Grünstadt beantragt, das Motto: „Meinungsfreiheit erkämpfen

– koste es, was es wolle“. Der Aufmarsch soll ab 12 Uhr vom Bahnhof durch die Innenstadt und angrenzende Straßen führen. Anschließend soll in Kirchheim ein Totengedenken am Denkmal in der Ortsmitte stattfinden, das Motto hier: „Märtyrer der Bewegung – Helden für Deutschland“.

Beide Veranstaltungen verboten die Verwaltungen von Stadt und VG und übergaben noch gestern Abend die Bescheide. Die Gründe, im Wesentlichen: die Kundgebungen seien ein Ersatz für eine verbotene Gedenkfeier für Rudolf Heß, den Stellvertreter Adolf Hitlers. Und die Aufmärsche hätten ein Gepräge, „wie es die Nationalsozialisten praktizierten“. Außerdem ließen die erwarteten Teilnehmer „aus Neo-Nazi-Kreisen“ den Schluss zu, dass es zu Straftaten nach Paragraph 130 StGB (Volksverhetzung) kommen werde.

Wie Beigeordneter Adam Vogel informierte, wollte die Stadt gewappnet sein, falls die Organisatoren der Veranstaltung, Rene Teufer und Christian Hehl, Vorsitzender des NDP-Kreisverbandes Vorderpfalz, versuchen sollten, das Verbot per Eilantrag zu kip-

pen. Deshalb sei eine Alternativroute für den Marsch ausgearbeitet worden: „abseits der Innenstadt“.

Weil „Nationale Sozialisten“ ungeachtet des Verbots zu dem Aufmarsch im Leiningerland aufrufen, macht offenbar auch die linke Szene mobil. Auf der Internetseite der „Antifa Mannheim“ heißt es, dass das „Aktionsbüro Rhein-Neckar einen Ersatzaufmarsch in Grünstadt“ plane. Daher ruft die Antifa zu einer Gegendemonstration auf.

Auch die Grünen im Leiningerland und die WASG rufen zu einer Gegendemonstration auf, Treffpunkt: 11 Uhr auf dem Parkplatz am Amtsgericht in Grünstadt und 15 Uhr in Kirchheim, vor der Vereinshalle in der Weisenheimer Straße. Die Mitmacher sollen „mit Schweigen – nur durch ihre Anwesenheit, Plakate und Fahnen – ihre Ablehnung gegen Rechtsextremismus zeigen“, so die Initiatoren Monika Bürklin (WASG) und Achim Hoffmann (Bündnisgrüne).

Wie immer sich die Situation noch entwickelt, eines ist sicher: Die Polizei wird heute in Grünstadt „mit sehr starken Kräften anwesend sein“. (ks)